

Islands Krisenmanagement als Augenöffner für Europa... oder etwa doch nicht?

von Andreas Popp

Wir hören derzeit eher wenig bis gar nichts von Island, welches sich in einem vermeintlich unglaublichen Aufschwung befindet, wie selbst der IWF zugeben muss, der ja seine übliche Strategie die oft auf Zerstörung basiert, in Island nicht durchsetzen konnte. Genau diese IWF-Reaktion sollte uns zum genaueren Hinsehen motivieren.

Aber der Reihe nach:

Bevor das Finanzdilemma sichtbar wurde, welches man auch gern als „Krise“ bezeichnet, spielten auch isländische Banken das perfide Spiel des internationalen Casino-Kapitalismus mit. Die Institute, allen voran die große Online-Bank Icesave, boten vor allem in Großbritannien und in den Niederlanden unrealistisch hohe Zinsen für die Kapitalanlagen ihrer Kunden. Nun wissen wir alle, dass die Gier das Hirn frisst, und so sammelte auch die Tochter der größten isländischen Bank Landsbanki Milliardensummen ein. Was dann 2008 passierte, ist bekannt. Durch die Lehman-Brothers-Pleite wurde der Domino-Day ausgelöst, und auch die isländischen Banken waren betroffen.

Im Gegensatz zu Europa aber ließen sich die Isländer nicht die Mär der Alternativlosigkeit einreden, die Banken unbedingt retten zu müssen. Selbst die Drohungen der IWF-nahen Personen, man würde Island international isolieren und zu einem zweiten Kuba eindampfen, wenn es nicht der Rettung der Banken im Interesse der „internationalen“ Kapitalanleger zustimme, ließen die Isländer nicht einknicken. Zu Recht, wie sich nun herausstellt.

Der fünfte isländische Präsident Grimsson hatte sich schon einmal einen Namen gemacht, als er im Jahre 2004 ein umstrittenes Mediengesetz nicht unterschrieb. 2011 verhängte er ein Referendum, also eine Abstimmung aller wahlberechtigten Bürger, in dem sich die Menschen entscheiden konnten, ob sie in sogenannte Rettungspakete für internationale Investoren oder lieber in das 300.000 Seelen fassende Eiland investieren möchten. Spannenderweise wurde diese Option in den anderen europäischen Ländern (z.B. in Deutschland) erst gar nicht angesprochen, wo stattdessen in gewohnter Manier von der besagten „Alternativlosigkeit“ fabuliert wurde. Auch in Irland wurde die Möglichkeit eines Referendums nicht diskutiert, sondern stattdessen eine Bankenrettung beschlossen, die letztlich eher dort kubanische volkswirtschaftliche Verhältnisse erwarten lässt. Kurz: Island hat offenbar *alles* richtig gemacht und Irland *alles* falsch.

Das Fallenlassen der Banken ist gerade unter Berücksichtigung der kapitalistischen Dogmen die einzige Antwort auf größtenwahnsinnige Dummheiten. Das gilt natürlich nicht nur für die Kapitalsammelbecken, sondern auch für die kleinen Anleger bzw. Spekulanten.

Selbstverständlich tut es mir leid, wenn auch kleine Sparer im Rahmen der Isländischen Bankenpleiten ihr Erspartes verloren haben. Aber so funktioniert nun einmal der Kapitalismus. Irreal hohe Zinsversprechen beinhalten nun einmal hohe Verlustrisiken. Leider wurden auch in Deutschland vielen einfachen Bürgern von Ihren Geschäftsbanken solche Anlagen als äußerst sicher angepriesen, was nur als verwerflich beurteilt werden muss. Aus dieser Erfahrung aber kann man auch viel lernen: „Traue niemals pauschal einem Bankberater“. Leider erkenne ich an vielen Gesprächen mit Bankkunden auch heute noch eine gewisse Kritiklosigkeit gegenüber diesen Finanzsystem-Vertretern, die nach wie vor aus demselben Holz geschnitzt sind.

Wie dem auch sei, die isländische Regierung stellte sich auf die Seite ihrer Bürger – ein nahezu unglaublicher Vorgang in der heutigen Zeit, in der die Politikdarsteller eher Ihren *eigentlichen* Förderern nach dem Munde reden und vor allem nach *deren* Vorgaben entscheiden. Der Präsident Grimsson und seine Regierungsmitglieder jedoch sorgten für einen teilweisen Schuldenerlass der eigenen Bürger bei den Banken und ließen die Zocker-Sammelbecken sogar pleitegehen. Nun gründete man auf Bürgerkosten staatlich geführte „Good-Banks“, statt wie z.B. wir Deutschen „Bad-Banks“, die unsere Steuerzahler nun im Interesse der Anleger bis zum Erbrechen zu finanzieren haben. Die Good-Banks dagegen sorgen für eine angemessene Kapitalversorgung der Binnenwirtschaft und somit der mittelständischen Unternehmen, die man endlich wieder als Garanten einer gesunden Wirtschaftsordnung anerkennen sollte. Das Ergebnis kann sich – wenn man einmal die Messlatte der bestehenden Ordnung anlegt – sehen lassen, denn hohe Wachstumsraten und steigende Exporte sind zu verzeichnen und führen das ehemalige Pleiteland nun an die Spitze der europäischen Länder. Eine Massenarbeitslosigkeit, die ja im bestehenden System ein großes Unheil darstellt, wurde verhindert und der Sozialstaat gerettet.

Spannenderweise lobt nun der IWF die Erfolgspolitik der Isländischen Regierung – mehr noch, er spricht offen von einem Erfolgsmodell, welches Schule machen könnte. Spätestens hier sollten wir aufhorchen. Wenn der IWF wirklich dieser Meinung wäre, wie er es für den kleinen Inselstaat Island zugegeben hat, warum fordert er dann das genaue Gegenteil für das restliche Europa und sprengt somit die europäische Gemeinschaft? Wenn man im Kopf nur halbwegs aufgeräumt unsere sogenannte Staatengemeinschaft betrachtet, erkennt man deutlich die entstandenen Spannungen der einzelnen unterschiedlichen Wirtschaftsregionen. Allein durch die verfehlte gemeinsame Währung Euro wurde der Effekt des ungerechten Umverteilungsmechanismus besonders deutlich, der aus dem verzinsten Geldsystem herrührt. Die Forderungen des IWF, nun mit irrsinnigen Bankenrettungsmaßnahmen diesen Prozess zu verlängern und zu verschärfen, ist ein klarer Widerspruch zu den Äußerungen In Bezug auf Island. Das Prinzip „Ihr streitet, ich herrsche“ wird wieder einmal mehr als deutlich.

Offenbar hat der IWF Angst, dass die Menschen die Zusammenhänge der unilateralen Dollarwährung hinterfragen, zu denen natürlich auch die Isländische Krone gehört. Die Dollarleitwährung ist gefährdet und somit die Weltmacht. Island aber hat gezeigt, dass man auch im Interesse des Volkes Politik machen kann, und dieser Vorgang sollte allen anderen Regierungsdarstellern der Welt zum Nachdenken verhelfen.

Griechenland und alle anderen von den Euro-Initiatoren geschädigten Länder könnten ebenfalls den Weg gehen, den Island vorgab. Die Befürchtung, dass dann Deutschland die

Zeche zu zahlen hätte, lässt sich widerlegen. Wie? Durch einen geordneten Staatsbankrott zum Beispiel. Oder noch besser, durch den Plan B der Wissensmanufaktur. Die Kraft der weltweiten physischen Ökonomie ist locker in der Lage, die Weltbevölkerung ausreichend zu versorgen. Die Einführung einer kompletten Neuordnung unserer sozialökonomischen Systeme kann in Anbetracht der isländischen Erfolgspolitik jetzt wunderbar diskutiert werden.

Würde Island allerdings in dem jetzigen Gesamtsystem verbleiben, könnten man in Kürze wieder schwere Zeiten prognostizieren. Zwar geht die Wirtschaft nun wieder aufwärts, aber die von der Regierung im Jahre 2008 eingeführten Devisenkontrollen sorgen dafür, dass die ausländischen Gelder, deren unkontrollierten Abfluss man verhindern will, nun in den isländischen Immobilienmarkt fließen. Man verzeichnet schon jetzt massive Preiserhöhungen der Häuser auf der Insel. Die steigenden Inflationsraten treiben den Immobilienmarkt ebenfalls in die Höhe, da immer mehr Menschen in das „Boden-Gold“ flüchten. Steigenden Hypothekenzinsen um der entstehenden Preis-Blase Einhalt zu gebieten, wären wohl die Folge. Dabei wäre dann vor allem die einheimische Bevölkerung von den steigenden Finanzierungskosten betroffen, denn die ausländischen Kapitalinhaber brauchen eher keine Fremdmittel. Wir erkennen wieder einmal das systemische Dilemma, wenn man die eigentliche Machtfrage berücksichtigt.

Man sieht, dass Island nun neue schwere Zeiten drohen und man diese evtl. entstehende Misere dann der angeblich verfehlten Politik des Präsidenten Grimsson anlasten könnte. Das wäre natürlich ein völlig falsches Signal, denn der erste Schritt der Regierung unter dem amtierenden Präsidenten (der immerhin durchbrachte, die verantwortlichen Bankmanager vor Gericht zu zerren, statt die Banken zu retten), kann man wohl nur als richtig bezeichnen.

Was wäre nun anzuraten, falls man das Interesse der europäischen Völker überhaupt im Auge hat?

Alle Bankenrettungspakete waren unsinnig, da wir uns in einem Dilemma(!) befinden und nicht in einer Krise. Eine Krise suggeriert ein aus dem Lot geratenes Gleichgewicht, welches man mit alt hergebrachten Methoden wieder herstellt. Ein Dilemma führt immer zu einem Chaos, egal ob man den falschen Weg weitergeht, umkehrt oder auf der Stelle verharrt. Diesen aus meiner Sicht bestehende Zustand ist allerdings auch ein wunderbarer Nährboden für völlig neue Gedankengänge, die wir mit dem Plan B auf dem Weg brachten. Einstein erkannte schon, dass es wenig Sinn macht, ein und denselben Laborversuch ständig zu wiederholen, in der Hoffnung, beim nächsten Mal vielleicht ein anderes Ergebnis zu bekommen. Das herrschende System hat nachweislich versagt.

Die Gründe für diese sehr klare Aussage liegen deutlich vor uns:

1. Dass das Geldsystem nicht umverteilungsneutral angelegt ist und somit den meisten Menschen schadet, ist nicht mehr zu leugnen.
2. Eine ungerechte Eigentumsökonomie erkennt man besonders am bestehenden römischen Bodenrecht. Man kann z.B. ein schuldenfreies Grundstück *nicht* sein Eigen nennen, da man weiterhin Grundsteuern darauf zu entrichten hat. Ein Systemausstieg und somit eine tatsächliche Freiheit ist also nicht möglich, während *bestimmte* kapitale Marktteilnehmer diese Eigenschaft zur Anhäufung von Großgrundbesitz nutzen.

3. Ein bestehendes bedingungsloses Spitzeneinkommen versorgt nur eine ultrareiche, kleine Minderheit der Gesellschaft, die von den arbeitenden Menschen (Arbeitnehmern und Unternehmern) bedient werden muss.
4. Die bestehende propagandistische Presselandschaft ist unternehmerisch angelegt und somit auf Profit. Dadurch kann eine Pressefreiheit zwar gesetzlich verankert, aber niemals real umgesetzt werden.

Die Wissensmanufaktur geht genau auf diese Punkte ein, um sie dann im Rahmen eines auf dem Zusammenspiel von vier Komponenten basierenden Plan B ins Gegenteil zu verkehren. Sehen Sie sich hierzu bitte den Plan B Kompakt sowie den Plan B in der Gesamtausgabe auf unserer Homepage an.

Island hat uns ein Zeichen gesetzt, welches dringend Schule machen sollte. Aber nur wenn der Weg im Interesse des Volkes konsequent weitergegangen wird, kann dieser Erfolg nachhaltig sein. Der Plan B könnte Island und evtl. auch Griechenland jetzt helfen und dann auf ganz Europa ausgedehnt werden und würde somit der Welt ein Zeichen setzen. Es ist die Unwahrheit zu behaupten, die Menschen würden ihr Vermögen verlieren oder gar ins Mittelalter zurückgebombt werden, wenn z.B. der Euro wieder abgeschafft wird. Solche Propagandaszenarien werden von der derzeitigen Wirtschaftswissenschaft teilweise tatsächlich nach außen getragen – ein unverantwortlicher Vorgang. Die Menschen würden mit der Einführung des Plan B letztlich ihre Freiheit zurückerlangen, die im Rahmen des Globalisierungswahns generalstabsmäßig abgeschafft wurde.

Immer wieder werden wir in letzter Zeit gefragt, wieso wir nicht viel häufiger Newsletter versenden oder das aktuelle Tagesgeschehen kommentieren. Nun, machen wir uns folgendes bitte klar: Vor 200 Jahren entsprachen alle neuen Informationen im Leben eines Menschen ungefähr der Masse an Nachrichten in einer heutigen Tageszeitung. Die Informationsflutung macht uns letztlich krank und wir verlieren den Überblick. Wir wollen eher weniger über die Symptome sprechen, wie z.B. den ESM, das verfassungswidrige Wahlrecht oder die Entscheidung, zukünftig die Bundeswehr gegen das eigene Volk einsetzen zu dürfen usw. Diese ganzen Entwicklungen beschreiben „lediglich“ die kontinuierliche Einführung eines faschistischen Systems. Wir legen den Fokus auf die Ursachen dieser systematisch logischen Entwicklung.

Wir haben eine Chance, den sinnlosen Wahnsinn zu beenden, durch den wir die Ressourcen für sinnlose Produkte vergeuden, um ein Pseudowachstum aufrecht zu erhalten, von dem nur wenige Prozent der Europäer partizipieren, während weit über 90% unserer Völker massiv geschädigt werden.

Diese Lösungen können aber dann funktionieren, wenn immer mehr Menschen die Zusammenhänge hinterfragen, die nicht kompliziert sind, sondern lediglich komplex. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal auf das Hörbuch „[Steuerboykott](#)“ und auf das Buch „[Der Währungs-Countdown](#)“ verweisen, um genau diese genannten Zusammenhänge zu verinnerlichen. Bitte beschäftigen Sie sich immer mehr mit dem „[Plan B](#)“.

Ihr **Andreas Popp**, September 2012